

Auswirkungen der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge

Die Sozialversicherungsbeitragssätze wurden im Januar 2016 von 44% auf 22% deutlich reduziert. Wir haben uns mit der naheliegenden Frage beschäftigt, welche Auswirkungen diese Maßnahme auf Produktion, privaten Konsum und weitere wichtige makroökonomische Indikatoren haben wird. Unsere Ergebnisse zeigen, dass BIP und Konsum dadurch deutlich steigen, während die Inflation sinkt. Diese Effekte sind sowohl kurzfristig als auch langfristig deutlich spürbar.

In einem zweiten Schritt untersuchen wir die Auswirkungen einer derartigen Reform hinsichtlich einer Reduktion der Schattenwirtschaft. Die wirtschaftlichen Auswirkungen sind in diesem Szenario kleiner, da von einem Anstieg der Produktionskosten ausgegangen wird. Gleichzeitig bringt ein solcher Schritt fiskalische Vorteile mit sich.

Hintergrund und Methodik

Anfang 2016 wurden im Rahmen der Steuerreform die von Unternehmen zu leistende Sozialversicherungsbeitragsrate von 44% auf 22% reduziert. Diese Reform sollte die Arbeitskosten senken, um Unternehmen wettbewerbsfähiger zu machen und Exporte, Investitionen und Reallöhne zu erhöhen. Ein weiterer Beweggrund war die Verringerung der Schattenwirtschaft.

Wie sind die wirtschaftlichen Auswirkungen einer solchen Reform zu beurteilen? Für unsere Analyse verwenden wir ein neukeynesianisches DSGE-Modell (Dynamic Stochastic General Equilibrium), ein weit verbreitetes Wirtschaftsmodell, das von uns speziell für die Analyse der Senkung der Sozialversicherungsbeiträge angepasst wurde. Modelle dieser Klasse eignen sich gut für die Untersuchung der kurz- bis mittelfristigen Dynamik der wichtigsten gesamtwirtschaftlichen Variablen, sind allerdings für langfristige Wachstumsanalysen wenig sinnvoll.

Empirische Ergebnisse

Die erhebliche Senkung der Beitragssätze wird zu deutlichen Einnahmeverlusten führen (laut Analysten bis zu 100 Mrd. UAH – mehr als 4 % des für 2016 erwarteten BIP), die nur teilweise durch höhere Einnahmen an anderen Stellen (z. B. Erhöhung der Gehaltsobergrenze für Sozialversicherungsabgaben) kompensiert wird. Wir gehen davon aus, dass die daraus resultierenden Einnahmeausfälle in Höhe von 3% des BIP durch entsprechende Einschnitte bei den Staatsausgaben ausgeglichen werden, so dass das Haushaltsdefizit unverändert bleibt und die Anforderungen des IWF-Programms erfüllt werden. Bei der Verhaltensmodell-

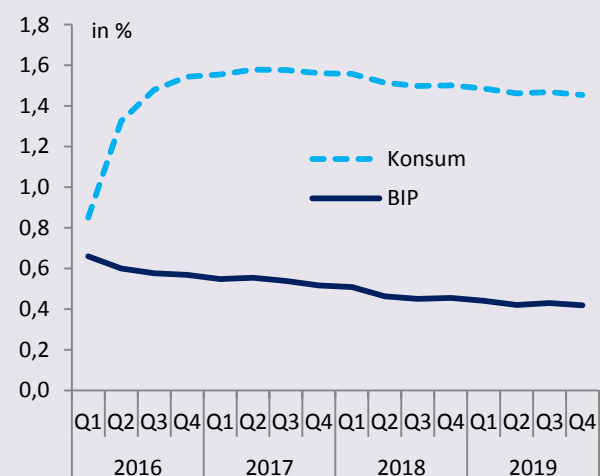
lierung der Zentralbank gehen wir davon aus, dass sowohl die Inflation als auch der Wechselkurs stabilisiert werden.

Die niedrigeren Sozialversicherungsbeiträge führen zu geringeren Produktionskosten und zu Preissenkungen. Durch die geringere Inflation kann die Zentralbank die Zinsen senken und die Reallöhne steigen. Infolgedessen steigt der private Konsum. Die Handelsbilanz verbessert sich, da durch die bessere preisliche Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen mehr Geld für ukrainische Produkte ausgegeben wird. Durch die Auswirkungen im Konsum und der Handelsbilanz erhöht sich das BIP.

Die (dauerhafte) Reduzierung der Staatsausgaben, um die durch die niedrigeren Sozialversicherungsabgaben gesunkenen Einnahmen auszugleichen, liegt bei 2,1% des BIP. Dieser Wert ist geringer als die wegfallenden Einnahmen durch die niedrigeren Sozialversicherungsabgaben, da durch das höhere BIP die Einnahmen an anderen Stellen steigen und diesen Effekt teilweise ausgleichen. Die Ausgabenkürzungen führen durch niedrigere gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu niedrigeren Preisen und einem Rückgang des BIP. Somit gibt es zwei Schocks mit verstärkender Auswirkung auf die Preise und entgegengesetzter Auswirkung auf das BIP. Unsere numerische Simulation demonstriert, dass der positive Effekt auf das BIP dominiert.

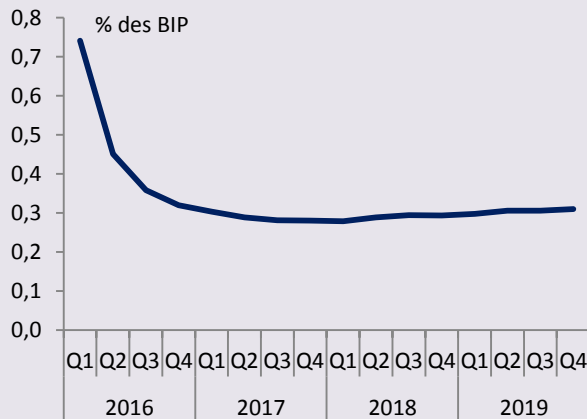
Das folgende Diagramm zeigt die Dynamik der wichtigsten Variablen für 16 Quartale nach dem „Schock“.

Zusätzliches Wachstum von BIP und Konsum



Quelle: Eigene Berechnungen

Verbesserung der Handelsbilanz



Quelle: Eigene Berechnungen

Dies sind die quantitativen Auswirkungen dieses Schocks: Der private Konsum steigt kurzfristig um 0,8% und mittelfristig um 1,5%. Die Handelsbilanz (im Verhältnis zum BIP) verbessert sich kurzfristig um 0,7% und mittelfristig um 0,3%. Das BIP steigt unmittelbar um 0,7% und liegt mehrere Jahre später noch um 0,4 % höher.

Bekämpfung der Schattenwirtschaft

Eine Besonderheit der ukrainischen Wirtschaft ist der hohe Anteil der Schattenwirtschaft. Laut Angaben des Ministeriums für wirtschaftliche Entwicklung und Handel werden hier 40 % des BIP erwirtschaftet. In einem zweiten Szenario versuchten wir, den möglichen Rückgang der Schattenwirtschaft durch einen geringeren Sozialversicherungsbeitrag zu simulieren. Hier gehen wir davon aus, dass 25% der Nettolöhne „schwarz“ ausgezahlt werden, was nach der Reduzierung des Sozialversicherungsbeitrags auf 21% sinkt. Eine Reduzierung der Schattenwirtschaft würde wohl nur graduell über einen sehr langen Zeitraum stattfinden. Allerdings kann unser Modell den genauen Verlauf nicht erfassen.

In diesem Szenario, dessen Ergebnisse hier nicht gezeigt werden, sind alle Auswirkungen quantitativ geringer. Dies liegt der Annahme zugrunde, dass Firmen, welche die Schattenwirtschaft verlassen, tatsächlich einen Anstieg der Produktionskosten verzeichnen würden, wodurch sich der Nettoeffekt auf Preise und Wettbewerbsfähigkeit verringern würde. Weiterhin ist der Deflationsdruck niedriger, da die für die Haushaltsneutralität erforderlichen Ausgabenkürzungen der Regierung kleiner ausfallen (1,2% statt 2,1% des BIP im ersten Szenario), wenn die ausgleichenden Steuerermäßigungen geringer sind. Infolgedessen kann auch angenommen werden, dass die Verlagerung der Ausgaben von ausländischen auf heimische Produkte geringer ist, die Zentralbank weniger expansiv reagiert und der Anstieg der privaten Ausgaben schwächer ausfällt. Diese Feststellung sollte jedoch

nicht als Argument gegen die Bekämpfung der Schattenwirtschaft verstanden werden. Tatsächlich ist die Erhöhung der offiziellen Beschäftigung und die damit verbundenen Steuereinnahmen für die finanzielle Nachhaltigkeit der Ukraine von größter Wichtigkeit. Die damit einhergehenden Vorteile werden in unserem Modell schlicht nicht erfasst.

Zusammenfassung

Die Ergebnisse unserer Analyse, die nicht mit einer Prognose zu verwechseln ist, zeigen, dass die kürzlich vorgenommene Reduzierung der Sozialversicherungsabgabenrate sich positiv auf die Wirtschaft auswirken wird. Obgleich das Modell nicht alle Besonderheiten der ukrainischen Wirtschaft im Detail berücksichtigen kann, unterstützt es Reformen gegen die hohe Abgabenbelastung der Löhne in der Ukraine.

Weiterhin könnte das Modell in der Diskussion um Änderungen der Steuer- und Ausgabenpolitik und deren Auswirkungen auf die ukrainische Wirtschaft verwendet werden. Dies würde den oft hitzig geführten Diskussionen zu diesem Thema in Politik, Wissenschaft und Gesellschaft mehr Objektivität verleihen.

Autoren

Robert Kirchner, kirchner@berlin-economics.com

Philipp Engler, Philipp.Engler@fu-berlin.de

Hinweis: Die hier vorgestellten Ergebnisse basieren auf dem Policy Briefing PB/09/2016 „Economic impact of the recent decrease in social security contributions – A model based analysis“.

Verfügbar unter: www.beratergruppe-ukraine.de

Eine kürzere Version ist unter www.voxukraine.org zu finden

Die Deutsche Beratergruppe

Die Deutsche Beratergruppe berät seit 1994 Entscheidungsträger der ukrainischen Regierung bei der Lösung aktueller Probleme in der Wirtschaftspolitik. Sie wird durch das Bundesministerium für Wirtschaft und Energie finanziert.

Herausgeber

Dr. Ricardo Giucci, Robert Kirchner

Impressum

Deutsche Beratergruppe
c/o BE Berlin Economics GmbH
Schillerstrasse 59, D-10627 Berlin
Tel: +49 30 / 20 61 34 64 0
Fax: +49 30 / 20 61 34 64 9
info@beratergruppe-ukraine.de
www.beratergruppe-ukraine.de